

Zusammenfassung der Parlamentssitzung mit den Ergebnissen von Donnerstag, 8. Dezember 2016

Stadtparlament genehmigt Budget 2017 der Stadt Wil und der TBW

An seiner 39. Sitzung in der Legislatur 2013-2016 hat das Stadtparlament das Budget 2017 der Technischen Betriebe Wil TBW (Investitionsrechnung und Laufende Rechnung) und das Budget 2017 der Stadt Wil (Investitionsrechnung und Erfolgsrechnung) genehmigt. Vier traktandierte Vorstösse wurden aus zeitlichen Gründen nicht mehr behandelt.

Teilweise für die Sitzung des Stadtparlaments entschuldigt waren Marcel Malgaroli (FDP; bis 17.15 Uhr), Adrian Bachmann (FDP; bis 18.40 Uhr) und Erwin Schweizer (CVP; bis 18.30 Uhr). Sodann waren Reto Gehrig (CVP; bis 17.30 Uhr und zwischen 18.00 und 19.15 Uhr) sowie Marc Flückiger (FDP; zwischen 18.00 und 19.15 Uhr) entschuldigt.

Behandelte Geschäfte

Traktandum 39.1. Budget und Steuerfuss für das Jahr 2017

Investitionsrechnung und Laufende Rechnung Technische Betriebe Wil TBW: Bei einem Betriebsertrag von 68,030 Millionen Franken (Vorjahr: 71,4 Millionen) und einem Aufwand von 64,355 Millionen Franken (Vorjahr: 68,9 Millionen) weist der Voranschlag 2017 der TBW einen Ertragsüberschuss von rund 3,675 Millionen Franken aus. Dies entspricht rund 1,2 Millionen Franken mehr als im Voranschlag des Vorjahres. Diese Verbesserung ist nebst einer leichten Margenverbesserung auch auf den Bezug von 0,65 Millionen Franken aus der Arbeitspreisreserve für die Biogas-Tarifreform zurückzuführen. Zusammenfassend darf festgestellt werden, dass die TBW auch 2017 trotz des zunehmenden Wettbewerbs und des stärkeren Preisdrucks und den Ausgaben zur Vorbereitung auf die anstehenden Liberalisierungen der Energiemärkte wiederum ein sehr positives Budgetergebnis vorlegen können.

Gemäss dem geltenden TBW-Abgeltungsmodell entrichteten die TBW im kommenden Jahr **Abgaben** in der Höhe von insgesamt rund 5,436 Millionen Franken an die Stadt Wil. Dabei steuern der Geschäftsbereich Gasversorgung rund 2,13 Mio., der Geschäftsbereich Elektrizitätsversorgung rund 1,67 Mio., der Geschäftsbereich Kommunikationsnetz rund 1,43 Mio. und der Geschäftsbereich Wasserversorgung rund 0,21 Mio. Franken bei.

Nach Abzug der Abgaben an die Stadt Wil weist der TBW-Voranschlag 2017 demnach noch folgende **Ergebnisse** in den einzelnen Geschäftsbereichen aus: Gasversorgung rund 1'659'000 Franken, Kommunikationsnetz rund 893'000 Franken, Elektrizitätsversorgung rund 696'000 Franken sowie Wasserversorgung rund 426'000 Franken.

Für 2017 sieht das Investitionsbudget der TBW Investitionen von rund 10,86 Mio. Franken vor. Davon entfallen 5,2 Mio. auf den Bereich Kommunikationsnetz (inklusive Investitionen in den Auf- und Ausbau der Glasfaser-Infrastruktur), 2,7 Mio. auf den Bereich Elektrizitätsversorgung und 1,7 Mio. auf den Bereich Gasversorgung sowie 1,3 Mio. auf den Bereich Wasserversorgung.

Antrag des Stadtrats: «Der Voranschlag für das Jahr 2017 der laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung der Technischen Betriebe Wil TBW sei zu genehmigen.»

Anträge der GPK: Die GPK unterstützt den Antrag des Stadtrats einstimmig und stellt keine eigenen Anträge.

Einleitend fasste **GPK-Präsident Daniel Gerber** die Arbeit der Kommission sowie die speziell diskutierten Aspekte des Budgets 2017 kurz zusammen. Anschliessend erläuterte **Stadtrat Daniel Meili**, Vorsteher des Departements Versorgung und Sicherheit, einzelne ergänzende Punkte zum Budget 2017. In den **allgemeinen Voten** der Parlamentsfraktionen zum Budget der TBW wurden insbesondere

Die **CVP-Fraktion** nahm das Budget 2017 der TBW erfreut zur Kenntnis und unterstützt es einstimmig. Sie warnte aber davor, die Abgaben der TBW an die Stadtkasse als einfach selbstverständlich hinzunehmen, insbesondere angesichts der Tatsache, dass dieser Beitrag rund 10 Steuerprozent ausmache – dies sei ein grosser Anteil. Auch die **SVP-Fraktion** bezeichnete das TBW-Budget als «erfreulich» und unterstützte den Antrag des Stadtrats einstimmig, wobei sie die Marketingaufwendungen als zu hoch beurteilte und gespannt sei auf den weiteren Verlauf des Projektes Fernwärme. Die **SP-Fraktion** sprach sich ebenfalls einstimmig für den Antrag des Stadtrats aus; man sei mit dem Budget der TBW «sehr zufrieden». Die **FDP-Fraktion** nahm das Budget der TBW ebenfalls «wohlwollend» zur Kenntnis und unterstützte den Antrag des Stadtrats; der Umstand, dass die TBW auf guten Beinen stehe, komme infolge des namhaften Beitrags an die Stadtkasse auch der Stadt zu Gute. Die **Fraktion GRÜNE prowil** bezeichnete das Budget der TBW als solide und unterstützte den Antrag des Stadtrats. In ihrer Beratung hat sie sich mit den Marketingkosten sowie mit der Wirksamkeit der ökologischen Gasreform befasst; bei letzterem sei die erzielte Wirkung gemessen am eingesetzten Betrag zu gering. Hier sei etwas mehr Effizienz und Wirksamkeit wünschenswert. Neben diesen Anmerkungen zum Budget sprachen **alle Fraktionen** den Mitarbeitenden der TBW ihren Dank für die geleistete gute Arbeit aus.

In der anschliessenden **Detailberatung** wurden seitens der Parlamentsmitglieder keine Voten eingebracht und keine Anträge gestellt.

Abstimmung:

Antrag des Stadtrats: Der Voranschlag für das Jahr 2017 der laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung der Technischen Betriebe Wil TBW sei zu genehmigen.» *Abstimmung 1: Dieser Antrag des Stadtrats wurde einstimmig angenommen.*

Investitionsrechnung und Erfolgsrechnung Stadt Wil: Das Budget 2017 der Stadt Wil weist einen Gesamtertrag von 161'054'500 Franken (Vorjahr 148'554'500 Franken) und einen Gesamtaufwand von 160'841'800 Franken (Vorjahr 148'246'500 Franken) auf. Damit resultiert ein Gewinn von 212'700 Franken oder 0,13 Prozent des Gesamtertrages (Vorjahr 308'000 Franken) und somit ein weitgehend ausgeglichenes Gesamtergebnis. Das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit weist im Budgetjahr 2017 ein Defizit in der Höhe von 6,0 Millionen Franken (Vorjahr 5,0 Millionen) aus. Die seit Beginn der vereinigten Stadt Wil stabilen Finanzierungsergebnisse gleichen die betrieblichen Defizite weitgehend aus. Insbesondere die Abgaben der Technischen Betriebe Wil TBW von rund Fr. 5,4 Millionen Franken sowie die Liegenschaftserträge von rund 2,6 Millionen Franken beeinflussen den Finanzertrag und damit das operative Ergebnis positiv. **Ergänzung als Ergebnis der Parlamentsberatung:** Das

Budget 2017 weist infolge der verschiedenen, während der Sitzung angenommenen Anträge noch einen Gewinn von 90'600 Franken aus.

Personalaufwand: Der für das Jahr 2017 budgetierte Personalaufwand beträgt 54,9 Millionen Franken. Die städtischen Vorgaben beim Personalaufwand sahen gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von 400'000 Franken vor, tatsächlich resultiert nun ein Zuwachs von 870'000 Franken. Davon entfallen infolge neuer Versicherungsverträge 390'800 Franken auf die Arbeitgeberbeiträge an Unfall- und Krankentaggeldversicherungsprämien. Aus Sicht des Stadtrats ist der Zuwachs beim Personalaufwand vertretbar und notwendig, um die anstehenden Aufgaben der Stadt Wil zu bewältigen. Die Stadt Wil wächst und damit auch ihre Anforderungen an das Personal – laufend werden zusätzliche Aufgaben an die Stadt delegiert, die durch die Mitarbeitenden bewältigt werden müssen. Um ein Vakuum in der Aufgabenerfüllung zu verhindern, müssen spätestens ab 2017 nebst organisatorischen Massnahmen auch zusätzliche Ressourcen geschaffen werden.

Sachaufwand- und übriger Betriebsaufwand: Der Sach- und übrige Betriebsaufwand 2017 beläuft sich auf 21,1 Millionen Franken und liegt damit 294'400 Franken über dem Vorjahresbudget. Aus Sicht des Stadtrats ist der Zuwachs beim Sachaufwand vertretbar und notwendig, um die anstehenden Aufgaben der Stadt Wil zu bewältigen. Die Stadt Wil wächst und damit auch ihre Anforderungen an die Infrastrukturen.

Investitionen: Das Investitionsbudget für das Jahr 2017 rechnet mit Bruttoinvestitionen von 16'670'400 Franken (Vorjahr 14'497'000 Franken). Nach Abzug Beiträge Dritter in der Höhe von 5'849'000 Franken ergeben sich Nettoinvestitionen von 10'821'400 Franken. Der Stadtrat beantragt, Investitionsausgaben von total 4,2 Millionen mit dem Budget 2017 zu genehmigen. Die übrigen budgetierten Investitionsausgaben im Betrag von 12,5 Millionen sind schon bewilligt oder werden dem Stadtparlament oder der Bürgerschaft mit separaten Vorlagen unterbreitet. **Ergänzung als Ergebnis der Parlamentsberatung:** Das Investitionsbudget 2017 weist infolge der verschiedenen, während der Sitzung angenommenen Anträge noch Nettoinvestitionen von 10'121'400 Franken aus.

Verschuldung: Bei einem Realisierungsgrad von rund 70 Prozent resultieren für das Budgetjahr 2017 voraussichtliche Nettoinvestitionen in der Höhe von 7,6 Millionen Franken. Bei Abschreibungen 2017 (inkl. Direktabschreibungen Abwasserbeseitigung) kann bei einem prognostizierten Einnahmenüberschuss von rund 200'000 Franken im Budgetjahr 2017 ein Selbstfinanzierungsgrad von rund 122 Prozent erreicht werden. Die Nettoverschuldung wird sich per Ende 2016 auf rund 66,2 Millionen Franken reduzieren und sich voraussichtlich im Rechnungsjahr 2017 weiter auf 64,5 Millionen Franken verkleinern.

Fiskalertrag: Für das Jahr 2017 wird, basierend auf den Steuereinnahmen Stand Ende August 2016, eine mutmassliche **Einfache Steuer der natürlichen Personen** von 50,2 Millionen Franken (Vorjahr Fr. 49,6 Mio.) prognostiziert. Zudem wird mit **Nachzahlungen** von 6,0 Millionen Franken (Vorjahr: 5,4 Mio.) gerechnet. Bei einem gleichbleibenden Steuerfuss von 129% belaufen sich damit die mutmasslichen Einnahmen 2017 aus **Einkommens- und Vermögenssteuern** auf Fr. 70,8 Millionen (Stand 31.08.2016 Fr. 67,9 Mio.). Bei einem ebenfalls gleichbleibenden Steuersatz von 0,6% wird für die **Grundsteuern** 2017 mit einem Ertrag von 3'355'000 Franken gerechnet. Der Anteil für öffentliche Gebäude beträgt 95'000 Franken (0,6%). Bei den **Steuern juristischer Personen** sind gestützt auf die laufenden Ertragszahlen 2016 insgesamt 9,2 Millionen Franken budgetiert. Entgegen der optimistischen Prognosen des Kantonalen Steueramtes hat der Stadtrat entschieden, die Steuererträge 2017 vorsichtiger zu budgetieren. Aufgrund der überdurchschnittlichen Verschuldung der Stadt Wil sowie der Finanzplanprognosen 2016-2020 wird eine Steuerfussenkung derzeit nicht in Erwägung gezogen. Eventuelle Mehreinnahmen bei Steuern 2017 würden die Selbstfinanzierung der Stadt Wil erhöhen und folglich zum Abbau der Verschuldung respektive zu einer Stärkung des Eigenkapitals führen.

Anträge des Stadtrats:

1. Der Steuerfuss für das Jahr 2017 sei auf 129% der Einfachen Steuer festzusetzen.
2. Der Grundsteuersatz für das Jahr 2017 sei auf 0,6 Promille festzusetzen.
3. Das Budget der Erfolgs- und der Investitionsrechnung der Stadt Wil für das Jahr 2017 sei zu genehmigen.

Anträge betreffend Budgetkorrekturen infolge neuer Erkenntnisse zu Projekten:

4. Investitionskonto 32990.56600.102 Hof zu Wil: Beitrag an 3. Bauetappe (Projekt): Der Projektkostenanteil der Stadt Wil fällt nicht 2017, sondern erst 2018 an und kann somit ins Investitionsbudget 2018 eingestellt werden. Der Gesamtkredit von Fr. 350'000.- im Konto 32990.56600.102 sei daher im Budget 2017 ersatzlos zu streichen.
5. Investitionskonto 62100.50100.102 Aufwertung Bahnhof Wil: Vorprojekt/Projekt: Ergänzende Abklärungen haben ergeben, dass es sinnvoller wäre, das Vorprojekt vom Projekt zu trennen. Der Gesamtkredit von netto Fr. 1,2 Mio. im Konto 62100.50100.102 sei im Budget 2017 für ein Vorprojekt auf Fr. 450'000, die budgetierten Ausgaben von Fr. 300'000 auf Fr. 100'000 zu reduzieren.

Anträge der GPK:

1. Der in der Investitionsrechnung im Konto 32910.50400.104 eingestellte Gesamtkredit für «Stadtsaal: Neugestaltung Eingang (Projekt + Ausführung)» im Betrag von CHF 500'000.- und dem Teilbetrag über CHF 50'000.- für 2017 soll gestrichen werden.
2. Die Stelle 02202 FKV Personaldienst, Sachbearbeiter/in, soll auf drei Jahre befristet werden.
3. Die Stelle 02205 FKV Fachstelle Kommunikation, Sachbearbeiter/in, soll auf drei Jahre befristet werden.

Einleitend fasste **GPK-Präsident Daniel Gerber** die Arbeit der Kommission sowie die in der GPK speziell diskutierten Aspekte des Budgets 2017 kurz zusammen. Anschliessend erläuterte **Stadtpräsidentin Susanne Hartmann**, Vorsteherin des Departements Finanzen, Kultur und Verwaltung, einzelne ergänzende Punkte zum Budget 2017. In den **allgemeinen Voten** der Parlamentsfraktionen zum Budget der Stadt Wil wurden verschiedene Positionen aufgezeigt. Die **SVP-Fraktion** lobte das Budget als übersichtlich, die Kommentare als aussagekräftig. Inhaltlich kritisierte die Fraktion sodann unter anderem die wiederum hohen budgetierten Kosten für externe Beratungen und Unterstützungen sowie für zusätzliche Stellen. Ein echter Spar- und Optimierungswille sei nicht spürbar, allenfalls müsse hier ein gewisser Druck via eine Steuerfussreduktion aufgebaut werden. Zudem sei der Stadtrat nicht gewillt, zuerst die Ergebnisse der Organisationsentwicklung abzuwarten, ehe neue Stellen beantragt werden. Man lehne daher die meisten der eingebrachten Stellenanträge ab und werde entsprechende Anträge stellen. Sodann hinterfragte die SVP die Pensen der Stadträte kritisch – sowohl das Pensum der Schulratspräsidentin wie auch die Pensen der Stadtratsmitglieder mit Teilpensum. Die **SP-Fraktion** bedankte sich bei allen beteiligten Stellen für die Erarbeitung des Budgets und sprach sich für die Anträge des Stadtrats aus. Sodann verwies sie auf die Notwendigkeit der beantragten Stellen, etwa auf steigende Fall- und Schülerzahlen oder gesellschaftliche Entwicklungen. Hier müsse die Stadt mit den Anforderungen Schritt halten – dies gelte es bei allfälligen Streichungsanträgen stets im Hinterkopf zu behalten. Die SP stehe zu den Mitarbeitenden der Stadt Wil und spreche ihnen für ihre Leistungen und ihre Treue zur Stadt einen grossen Dank aus. Die **CVP-Fraktion** verwies auf den starken Anstieg der Personalkosten, wobei dieser zu einem grossen Teil durch höhere Versicherungsprämien und zu einem anderen wesentlichen Teil auf die Ausweitung des Stellenplans zurückzuführen sei. Die CVP-Fraktion sei aber von der Notwendigkeit der beantragten Stellen überzeugt – um einerseits aktuelle Belastungen aufzufangen oder andererseits steigende Anforderungen beispielsweise durch eine Zunahme von Fällen abzudecken. Um aber keinen Freipass für Stellenschaffungen auszustellen, unterstütze man die Anträge der GPK auf eine Befristung zweier dieser neuen Stellen. Angesichts der finanziellen Herausforderungen und den darin liegenden Unsicherheiten wie beispielsweise der Unternehmenssteuerreform III spreche sich die CVP gegen eine Senkung des Steuerfusses sowie für die Genehmigung der Anträge des Stadtrats und für die Anträge 1 bis 3 der GPK aus.

Die **Fraktion GRÜNE prowil** kritisierte, dass im Budget 2017 wiederum Visionen und grosse Ideen fehlen würden – es komme als «Sparbudget» einmal mehr sehr «glatt und aufgeräumt» daher. Die Fraktion GRÜNE prowil unterstütze den Antrag 1 der GPK, stehe aber nicht geschlossen hinter den Anträgen 2 und 3 auf Befristung zweier beantragter Stellen. Die **FDP-Fraktion** nahm wohlwollend zur Kenntnis, dass der Stadtrat mit einer sehr konservativen Budgetierung doch einen Überschuss ausweisen könne. Dies führe auch zu einem stabilen, hohen Eigenkapital. Es fehle im Budget aber an Transparenz – so werde beispielsweise nicht ausgewiesen, welche Ergebnisse aus dem Projekt «Effizienz Plus» und welche Synergiegewinne aus der Gemeindevereinigung erzielt worden seien. Dies habe die FDP schon im vergangenen Jahr gerügt. Betreffend Stellenbegehren sei in gewissen Funktionen tatsächlich ein Bedarf ausgewiesen und belegt, dennoch sei die FDP mehrheitlich der Meinung, dass es nicht alle der beantragten Stellen brauche – dies insbesondere auch vor dem Hintergrund der laufenden Organisationsentwicklung. Sodann sprach sich die FDP-Fraktion für eine Senkung der Steuern um 3 Prozent auf 126 Prozent aus – andere Gemeinden hätten mit ihren mutigeren Budgets gezeigt, dass dies durchaus machbar sei. **Stadtpräsidentin Susanne Hartmann** lies den Vorwurf der Intransparenz nicht gelten – der Stadtrat habe beispielsweise mit dem Schlussbericht zur Gemeindevereinigung zuhanden der GPK entsprechende Zahlen aufgezeigt und auch die Ergebnisse aus «Effizienz Plus» dargelegt. Betreffend der Aussage, andere Gemeinden hätten mutiger budgetiert und Steuerfussenkungen umgesetzt. In ihren Augen sei dies nicht mutiger – denn grundsätzlich sei es einfach, Anträge auf Steuerfussenkungen zu stellen, es sei aber nicht sehr weitsichtig, dies zu tun angesichts der Ungewissheiten finanzieller Natur, die auf die Stadt Wil ebenso wie auf alle anderen Gemeinden zukomme.

In der anschliessenden **Detailberatung** wurden seitens der Parlamentsmitglieder in zahlreichen Voten verschiedene Themen diskutiert sowie Anträge gestellt.

Investitionsrechnung:

Antrag der GPK zum Konto 32910.50400.104 Stadtsaal: Neugestaltung Eingang (Projekt + Ausführung): Der in der Investitionsrechnung im Konto 32910.50400.104 eingestellte Gesamtkredit für «Stadtsaal: Neugestaltung Eingang (Projekt + Ausführung)» im Betrag von CHF 500'000.– und dem Teilbetrag über CHF 50'000.– für 2017 soll gestrichen werden. Hier, so die GPK, gebe es keine Dringlichkeit, sodass dieses Projekt gut auch mit der dereinst kommenden Neugestaltung des Bahnhofplatzes angegangen werden könne. **Stadtrat Marcus Zunzer**, Vorsteher des Departements Bau, Umwelt und Verkehr, hielt fest, dass sich der Stadtrat diesem Antrag der GPK nicht widersetze. *Da sich die Fraktionen nicht gegen diesen Antrag aussprachen, erhob ihn Parlamentspräsidentin Christa Grämiger zum Beschluss.*

Hinweis der GPK zum Konto 32910.50600.101 Modulare Zuschauertribüne: Einen expliziten Antrag zur Streichung stelle die GPK nicht, sie weise aber auf die Notwendigkeit hin, vor der Anschaffung einer solchen Tribüne unbedingt alle Vereine betreffend Bedarf und Finanzierbarkeit der Miete zu befragen. Die GPK gehe davon aus, dass der Stadtrat von einer Beschaffung Abstand nehme, sollte sich bei dieser Befragung ergeben, dass keine Notwendigkeit für eine solche Tribüne bestehe. Die **SVP** sprach sich nicht grundsätzlich gegen eine solche Anschaffung aus, stellte aber einen **Antrag zu diesem Konto 32910.50600.101 Modulare Zuschauertribüne:** Das Konto 32910.50600.101 sei zu streichen; die Anschaffung der Modularen Zuschauertribüne soll nochmals überarbeitet und richtig aufgegleist werden. Vertreter von GRÜNE prowil und SP sprachen sich gegen einen solchen Aufschub respektive gegen eine Streichung aus, die Anschaffung entspreche auch einem Anliegen aus Kulturkreisen und komme der vielfältigen Nutzung von Stadtsaal und Lokremise zu Gute. *Abstimmung 2: Der Streichungsantrag der SVP erzielte bei 2 Enthaltungen 19 Ja- und 19 Nein-Stimmen. Bei diesem Gleichstand fiel der Stichtentscheid Parlamentspräsidentin Christa Grämiger zu. Sie sprach sich für den Antrag der SVP und damit für die Streichung des Kredits für die Modulare Zuschauertribüne aus.*

Antrag des Stadtrats zum Investitionskonto 32990.56600.102 Hof zu Wil: Beitrag an 3. Bauetappe (Projekt): Der Gesamtkredit von Fr. 350'000.- im Konto 32990.56600.102 sei im Budget 2017 ersatzlos zu streichen. *Da keine Voten eingingen, erhob Parlamentspräsidentin Christa Grämiger diesen Antrag des Stadtrats zum Beschluss.*

Antrag des Stadtrats zum Investitionskonto 62100.50100.102 Aufwertung Bahnhof Wil: Vorprojekt/Projekt: Ergänzende Abklärungen haben ergeben, dass es sinnvoller wäre, das Vorprojekt vom Projekt zu trennen. Der Gesamtkredit von netto Fr. 1,2 Mio. im Konto 62100.50100.102 sei im Budget 2017 für ein Vorprojekt auf Fr. 450'000, die budgetierten Ausgaben von Fr. 300'000 auf Fr. 100'000 zu reduzieren. *Da keine Voten eingingen, erhob Parlamentspräsidentin Christa Grämiger diesen Antrag des Stadtrats zum Beschluss.*

Antrag der CVP zum Konto 79000.52900.133 (Plan Lumière): Das Konto 79000.52900.133 (Plan Lumière) sei um CHF 350'000.- auf CHF 70'000.- zu kürzen. Es ist nicht opportun, lediglich für die Beantwortung eines Postulats bereits CHF 420'000.- auszugeben, zumal der zu Grunde liegende parlamentarische Vorstoss 2013 nur ein Lichtkonzept und nicht schon einen detaillierten Umsetzungsplan gefordert habe. Daher soll das explizit gewünschte Lichtkonzept mit dem damals gewünschten Kostenrahmen von 50'000 bis maximal 80'000 Franken erstellt werden, damit das Parlament auf dieser Grundlage über das weitere Vorgehen entscheiden kann, so die CVP-Fraktion. Der damalige Postulant Urs Etter (FDP) sprach sich klar für den Antrag der CVP aus – er habe mit seinem damaligen Vorstoss lediglich ein grundlegendes Lichtkonzept gefordert. *Abstimmung 3: Dieser Antrag der CVP wurde mit 42 Ja- zu 1 Nein-Stimmen ohne Enthaltungen angenommen.*

Im Rahmen der Beratung der Investitionsrechnung konnten sodann Anregungen eingebracht oder Fragen gestellt werden. Ein Votum bezog sich unter anderem auf eine Budgetposition für ein Sonnen- und Regendach sowie Rollator-gängige Wege am Friedhof Altstadt. Konkrete Anträge zu diesem Thema wurden nicht eingebracht.

Erfolgsrechnung:

Antrag der SP zum Konto 30: Die Realloohnerhöhung sei generell auf 1% festzusetzen und die entsprechenden Konten Personalaufwand (Konto 30) entsprechend anzupassen. Dies darum, weil die letzte Realloohnerhöhung für die städtischen Mitarbeitenden schon mehrere Jahre zurück liege. Mit einer solchen Massnahme könne die Stadt Wil ihren Mitarbeitenden gegenüber ein positives Zeichen setzen und sich als gute, grosszügige Arbeitgeberin erweisen. Stadtpräsidentin Susanne Hartmann sprach sich gegen eine solche Massnahme aus, da die Teuerung noch nicht ausgeglichen respektive eben noch überausgeglichen sei, zudem gebe es in der Stadt Wil das Instrument des automatischen Stufenanstiegs, für das ja entsprechende Gelder im Budget eingestellt seien. *Abstimmung 4: Dieser Antrag der SP wurde mit 32 Nein- zu 8 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.*

Antrag der GPK zur Funktion 02202 FKV Personaldienst, Sachbearbeiter/in: Die Stelle 02202 FKV Personaldienst, Sachbearbeiter/in, soll auf drei Jahre befristet werden, um mit Blick auf die Organisationsentwicklung ergebnisoffen zu sein – so könne man der Notwendigkeit und Dringlichkeit dieser Stelle gerecht werden, ohne im laufenden OE-Prozess bereits ein Fixum zu schaffen, so die GPK. **Antrag der SVP zum Konto 02202.30109 Personaldienst, neue Stelle Sachbearbeiter/in:** Das Konto 30109 sei zu streichen; die Organisationsentwicklung im Departement FKV sei zuerst abzuwarten, so die SVP. Stadtpräsidentin Susanne Hartmann führte aus, dass der Stadtrat an dieser Stelle im Personaldienst festhalte. Die Stelle nicht zu bewilligen hiesse, sich im Personaldienst auf eine reine Personaladministration zu bewältigen statt sich auch in weiteren HR-Bereichen wie Personalentwicklung, Personalpflege etc. vermehrt zu betätigen und damit weiterhin eine attraktive, aktive Arbeitgeberin zu sein. Zudem habe die Stadt Wil ihren Mitarbeitenden gegenüber eine Sorgfaltspflicht, die man wahrnehmen wolle und müsse. *Abstimmung 6: Der Antrag der GPK obsiegte mit 32 zu 13 Stimmen ohne Enthaltungen über den Antrag der SVP. Abstimmung 7: Der Antrag der GPK obsiegte mit 23 zu 21 Stimmen bei 1 Enthaltung über den Antrag des Stadtrats, damit kann die Stelle Sachbearbeiter/in Personaldienst befristet für drei Jahre geschaffen werden.*

Antrag der GPK zur Funktion 02205 FKV Fachstelle Kommunikation, Sachbearbeiter/in: Die Stelle 02205 FKV Fachstelle Kommunikation, Sachbearbeiter/in, soll auf drei Jahre befristet werden, um mit Blick auf die Organisationsentwicklung ergebnisoffen zu sein – so könne man der Notwendigkeit und Dringlichkeit dieser Stelle ge-

recht werden, ohne im laufenden OE-Prozess bereits ein Fixum zu schaffen, so die GPK. **Antrag der SVP zum Konto 02205.30109 Fachstelle Kommunikation, neue Stelle Sachbearbeiter/in:** Das Konto 30109 sei zu streichen; die Organisationentwicklung im Departement FKV sei zuerst abzuwarten, so die SVP. Stadtpräsidentin Susanne Hartmann führte aus, dass der Stadtrat an dieser Stelle in der Fachstelle Kommunikation festhalte. Sie zeigte sodann die verschiedenen, vielfältigen Aufgaben der Fachstelle Kommunikation und die damit einhergehenden Aufwände auf und betonte auch deren Zunahmen in den vergangenen Jahren. *Abstimmung 8: Der Antrag der GPK obsiegte mit 37 zu 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen über den Antrag der SVP. Abstimmung 9: Der Antrag des Stadtrats obsiegte mit 23 zu 21 Stimmen bei 1 Enthaltung über den Antrag der GPK, damit kann die Stelle Sachbearbeiter/in Fachstelle Kommunikation unbefristet geschaffen werden.*

Anträge Marcel Malgaroli (FDP) zum 32109.36361 Beitrag an Ludothek Wil: Antrag 1: Der jährliche Mietzins von maximal Fr. 29'400.-- für die Räumlichkeiten in der ehemaligen Post Altstadt sei während fünf Jahren durch die Stadt Wil in Form eines Beitrags an die Ludothek Wil zu übernehmen. Antrag 2: Ab 2017 sei der jährliche Betriebsbeitrag von bisher Fr. 5'000.-- auf Fr. 10'000.-- zu erhöhen. Antrag 3: Für die Umzugskosten sei ein einmaliger Beitrag in der Höhe von Fr. 5'000.-- zu Lasten der Rechnung 2017 auszurichten. Stadtpräsidentin Susanne Hartmann verwies darauf, dass im Konzept zur Liegenschaft Turm eigentlich Raum für die Ludothek vorgesehen gewesen sei – allerdings gebe es hier Verzögerungen, sodass sich der Stadtrat für die Post Altstadt als Übergangslösung ausspreche. In diesem Sinne unterstütze der Stadtrat den Antrag 1, spreche sich aber gegen die Anträge 2 und 3 aus, da diese Kosten durch den Verein Ludothek Wil zu tragen seien, wie dies auch bei anderen Vereinen analog der Fall sei. Die SP-Fraktion und die Fraktion GRÜNE prowil sprachen sich für alle drei Anträge aus. *Abstimmung 10: Der Antrag 1 von Marcel Malgaroli (FDP) wurde mit 37 Ja- zu 2 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Abstimmung 11: Der Antrag 2 von Marcel Malgaroli (FDP) wurde mit 27 Ja- zu 15 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Abstimmung 12: Der Antrag 3 von Marcel Malgaroli (FDP) wurde mit 29 Ja- zu 13 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.*

Antrag der FDP zum Konto 84001.30109 Tourismus, kommunale Werbung: Die neue 100%-Stelle im FKV «Tourismus, kommunale Werbung» sei ersatzlos zu streichen. Dies darum, weil es im Tourismus für die Stadt Wil eigentlich keine Sachbearbeiterstelle für den Verkauf von Tageskarten oder die Organisation einzelner Anlässe benötige, sondern eher eine Koordinations- und Entwicklungsstelle – allerdings sei hierzu die Strategie des Stadtrats im Bereich Tourismus noch gar nicht klar, so die FDP. Stadtpräsidentin Susanne Hartmann hielt fest, dass die Strategie sehr wohl klar sei, basierend auf der Studie der HTW, die für diese Stelle sehr viele wichtige Aufgaben für Einheimische wie für Gäste sehe. Sodann erfülle die Informationsstelle auch eine Schnittstellenfunktion zu regionalen oder übergeordneten Organen und Gremien. Dass im Budgetkommentar von einer «Zwischenlösung» die Rede sei, liege darin begründet, dass hier auch die kommende Weiterentwicklung des Hof-Betriebs und der Hofleitung zu berücksichtigen sei, aus der sich gegebenenfalls künftige Synergien oder Parallelen zum Tourismus und zur Info-Stelle ergeben können. Sodann zeigte sie auf, wie sich die heutige Situation im Bereich Tourismus entwickelt hatte und welche Rollen hierbei die Stadt Wil und der Verein Wil Tourismus gespielt haben. Die Fraktion GRÜNE prowil sprach sich für die Schaffung dieser Stelle aus; diese nicht zu bewilligen hiesse, die derzeitig gewiss etwas chaotische Situation noch weiter zu verschärfen. Verschiedene Einzelvoten sprachen sich sodann in einer engagierten Diskussion sowohl für als auch gegen die Schaffung der Stelle aus. Ein Votum machte beliebt, für das Jahr 2017 auf die Stellenschaffung zu verzichten und stattdessen für das nächste Jahr ein sorgfältig ausgearbeitetes Konzept für den Tourismusbereich vorzulegen, um dann mit dem Budget 2018 entsprechende Beträge oder Stellen zu beantragen. *Abstimmung 13: Der Antrag der FDP wurde mit 29 Nein- zu 16 Ja-Stimmen ohne Enthaltungen abgelehnt.*

Empfehlung der SVP zum Bereich Tourismus: Der GPK wird empfohlen, die Umstände zu prüfen, die dazu geführt haben, dass es zu keiner Einigung zwischen der Stadt Wil und dem Verein Wil Tourismus über eine neue Leistungsvereinbarung gekommen ist. **Ordnungsantrag:** Diese Abstimmung zur Empfehlung der SVP zuhanden der GPK sei auf die Beratung der Interpellation Mirta Sauer (SP) zu verschieben und dann durchzuführen. *Abstimmung 14: Dieser Ordnungsantrag wurde mit 31 Ja- zu 13 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung gutgeheissen.*

Antrag Marianne Mettler (SP) zum Konto 43302 Schulzahnpflege (sowohl Honorare als auch Elternbeiträge): Das Budget 2017 sei in diesen Positionen auf den Stand der Rechnung 2015 anzuheben. Verschiedene Einzelvoten aus unterschiedlichen Fraktionen sprachen sich für diesen Antrag aus – der Bereich der Zahngesundheit sei wichtig und dürfe nicht durch eine Sparmassnahme gefährdet werden. *Abstimmung 15: 33 Mitglieder des Stadtrats sprachen sich für Zulässigkeit dieses Antrages aus, 12 Mitglieder dagegen. Abstimmung 16: Der Antrag von Marianne Mettler (SP) wurde mit 33 Ja- zu 12 Nein-Stimmen ohne Enthaltungen angenommen.*

Antrag Marianne Mettler (SP) zum Konto 32911.31100 Stadtsaal, Anschaffung Mobiliar: Das Konto sei um 15'000 Franken für die Anschaffung eines separaten Zuschauerpodests, das Veranstaltungsbesuchenden in Rollstühlen eine bessere Sicht ermöglicht, zu erhöhen. *Dieser Antrag von Marianne Mettler (SP) wurde mit 24 Ja- zu 15 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.*

Antrag der SVP zum Konto 57901.30109 Wiler Integrations- und Präventionsprojekte WIPP, neue Stelle: Das Konto 30109 sei zu streichen; die Organisationentwicklung im Departement SJA sei zuerst abzuwarten, so die SVP. Stadtrat Dario Sulzer, Vorsteher des Departements Soziales, Jugend und Alter, hielt fest, dass diese Stelle keinen Konnex zur Organisationsentwicklung habe. Es gehe darum, den Stellenplan dieses 365-Tage-Angebots den heutigen Anforderungen und gestiegenen Fallzahlen anzupassen. *Abstimmung 18: Der Antrag des Stadtrats obsiegte mit 32 zu 13 Stimmen ohne Enthaltungen über den Antrag der SVP, damit kann die Stelle im WIPP geschaffen werden.*

Antrag der SVP zum Konto 57901.30109 Soziale Dienste, neue Stelle Sachbearbeiter/in: Das Konto 30109 sei zu streichen; die Organisationentwicklung im Departement SJA sei zuerst abzuwarten, so die SVP. Stadtrat Dario Sulzer zeigte auf, dass die Zahlen im Asyl- und Flüchtlingswesen massiv angestiegen seien – der Bedarf der Stelle sei ausgewiesen, um die gesetzlichen Aufgaben der Stadt Wil in diesem Bereich erfüllen zu können. *Abstimmung 19: Der Antrag des Stadtrats obsiegte mit 35 zu 10 Stimmen ohne Enthaltungen über den Antrag der SVP, damit kann die (bis Ende 2017 befristete) Stelle im Flüchtlings- und Asylwesen geschaffen werden.*

Im Rahmen der Erfolgsrechnung wurden weitere Fragen gestellt, die vom Stadtrat beantwortet wurden. Die Voten bezogen sich unter anderem auf die Pensen des Schulrats sowie auf Budgetpositionen für Aus- und Weiterbildungen im Bereich Schule oder für die Schulgelder für die Mädchensekundarschule St.Katharina. Konkrete Anträge zu diesen Themen wurden nicht eingebracht.

Antrag 1 des Stadtrats: Der Steuerfuss für das Jahr 2017 sei auf 129% der Einfachen Steuer festzusetzen. **Antrag der FDP:** Der Steuerfuss für das Jahr 2017 sei auf 126% der Einfachen Steuer festzusetzen – dies sei angesichts der gesunden Finanzen der Stadt Wil durchaus vertretbar, zudem könne der Steuerfuss ja auch bei konkretem Bedarf wieder nach oben angepasst werden. Stadtpräsidentin Susanne Hartmann hielt fest, dass der vom Stadtrat beantragte Steuerfuss von 129% einer nachhaltigen und stabilen Steuerfussstrategie entspreche – natürlich sei eine vorübergehende Senkung möglich; um wie viel schwieriger es dereinst dann eine neuerliche Steuerfusserhöhung wohl auch in diesem Parlament haben werde, sei wohl kein Geheimnis. Sodann zeigte sie auf, wie gross respektive eben wie klein die konkreten Steuereinsparungen für die einzelnen Einwohnenden der Stadt Wil seien – diese 3 Steuerprozent würden für die grosse Mehrheit der Wiler Bevölkerung eine nur geringe individuelle Entlastung zwischen 9 und 45 Franken bringen. Die SP-Fraktion sprach sich, insbesondere angesichts der drohenden Steuerausfälle im Zuge der Unternehmenssteuerreform III, gegen diese Steuersenkung aus. Die SVP-Fraktion stellte in Aussicht, den Antrag der FDP einstimmig zu unterstützen. *Abstimmung 20: Der Antrag des Stadtrats obsiegte mit 25 Ja- zu 17 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen über den Antrag der FDP. Abstimmung 21: Der obsiegende Antrag des Stadtrats wurde mit 26 Ja- zu 18 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.*

Antrag 2 des Stadtrats: Der Grundsteuersatz für das Jahr 2017 sei auf 0,6 Promille festzusetzen. *Dieser Antrag des Stadtrats wurde mit 38 Ja- zu 4 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.*

Antrag 3 des Stadtrats: Das Budget der Erfolgs- und der Investitionsrechnung der Stadt Wil für das Jahr 2017 sei zu genehmigen; dies unter Berücksichtigung der zuvor beschlossenen Detailanträge. *Abstimmung 23: Dieser Antrag des Stadtrats wurde mit 42 Ja- zu 0 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.*

Verabschiedung Stadtrat Marcus Zunzer

Vor der Pause richtete **Parlamentspräsidentin Christa Grämiger** das Wort an **Stadtrat Marcus Zunzer**, der heute Abend seine letzte Parlamentssitzung als Mitglied der Wiler Exekutive bestritt. Sie blickte auf seine 16-jährige Tätigkeit als Mitglied des Stadtparlaments und seine achtjährige Tätigkeit als Stadtrat zurück und liess einige wichtige Geschäfte daraus Revue passieren. Sodann sprach sie Marcus Zunzer einen herzlichen Dank aus für sein Engagement und für seinen grossen Einsatz zu Gunsten der Stadt Wil und ihrer Einwohnerinnen und Einwohner. Nun verlasse er – nicht freiwillig, sondern als Ergebnis der Gesamterneuerungswahlen 2016 – den Stadtrat. Dieser Abgang stelle auch einen Verlust an Erfahrung, Hintergrundwissen und Kenntnis um Rahmenbedingungen und Zusammenhänge dar. Parlamentspräsidentin Christa Grämiger wünschte Marcus Zunzer schliesslich alles Gute für seine berufliche wie auch für seine persönliche Zukunft. Die Mitglieder des Stadtparlaments wie auch seine Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat schlossen sich diesen guten Wünschen an und verabschiedeten Marcus Zunzer, den scheidenden Vorsteher des Departements Bau, Umwelt und Verkehr, mit einem kräftigen Applaus und einer Standing Ovation.

Nicht mehr behandelte Geschäfte

Aus zeitlichen Gründen wurden **vier Traktanden** nicht mehr beraten und auf eine spätere Sitzung verschoben:

- Traktandum 39.2. Postulat Kilian Meyer (SP) – «Für mehr bezahlbare Wohnungen» / Erheblicherklärung Postulat
- Traktandum 39.3. Postulat Hans-Peter Hutter (CVP) – «ÖV-Strategie Wil» / Erheblicherklärung Postulat
- Traktandum 39.4. Interpellation Mirta Sauer (SP) – Weiterentwicklung für den Tourismus in Wil Interpellation
- Traktandum 39.5. Interpellation Nathanael Trüb (SVP) – Fremdsprachigenanteile an den Wiler Schulen

Ausführliche Informationen zur Parlamentssitzung: Die gesamte Parlamentssitzung mit allen Voten kann online nachgehört werden (<http://verbalix.stadtwil.ch>). Weitere Informationen zur Sitzung, Berichte und Anträge des Stadtrats, Berichterstattungen der vorberatenden Kommissionen sowie die parlamentarischen Vorstösse im Wortlaut sind ebenfalls online aufgeschaltet (www.stadtwil.ch/de/polver/stadtparlament/sitzung).

Parlamentarische Vorstösse

An der heutigen Sitzung des Stadtparlaments wurde folgender parlamentarischer Vorstoss eingereicht:

- **Interpellation Roland M. Bosshart (CVP):** Tragfähigkeit der Wiler Schulen

Schluss der Sitzung

Präsidentin Christa Grämiger schloss die heutige Sitzung um 22.20 Uhr. Sie bedankte sich mit einem kleinen, selbstgebackenen süssen Gruss bei allen Mitgliedern des Stadtparlaments und der Stadtrats sowie bei den Mitarbeitenden der Parlamentsdienste und den Medienschaffenden.